DÄNEMARK

Sieg für Christiania

Jahrelang hatten vor allem konservative Regierungen versucht, den umkämpften „Freistaat Christiania“ in Kopenhagen zu „normalisieren“ – was zuletzt so viel hieß, wie das ehemalige Militärgelände in attraktiver Hafenrandlage für finanzstarke Investoren zu erschließen. Jetzt ist das ehemalige Hippie- und Kifferparadies doch noch legal geworden: Am 1. Juli ging das bunte Dorf mit seinen rund 300 selbstverwalteten Häusern, Hütten und Bauwagen in die Hände eines privaten Fonds über. Nach „mehr als 40 Jahren Unsicherheit“ und „der Unfähigkeit von mehr als 20 dänischen Regierungen“ sei die Zukunft der Christianiter endlich gesichert, freut sich deren Anwalt Knud Foldschak, der auch im Aufsichtsrat der Eigentümergemeinschaft sitzt.

Der Fonds mietet den unter Naturschutz stehenden Teil des Geländes einer historischen Festungsanlage mit Wassergraben über einen Zeitraum von 30 Jahren an, den Rest kaufen die Bewohner für rund 75 Millionen Kronen, etwa 10 Millionen Euro – „für einen Appel und ’n Ei“, schimpft die rechtsliberale Oppositionspartei Venstre. Das Geld soll zunächst über einen Kredit mit Staatsgarantie aufgebracht werden. Um den Freistaat mit seinen rund 900 Bewohnern, der jährlich von einer halben Million Touristen besucht wird, war es vor allem wegen des lange geduldeten Verkaufs weicher Drogen immer wieder zu Auseinandersetzungen und zu Straßenschlachten mit der Polizei gekommen.

JENS NOERGAARD LARSE / SCANPIX / DPA

Besucher in Christiania

RUSSLAND

Rauchendes Vaterland

Über 50 Menschen kamen vor zwei Jahren bei den verheerenden Waldbränden in Russland um. Seit Mai dieses Jahres brennt es an vielen Ecken erneut lichterloh – und die Behörden sind so hilflos wie damals. Allein im fernöstlichen Amur-Gebiet sind bereits mehr als zwei Millionen Hektar Wald verbrannt, das ist eine Fläche fast so groß wie Israel. Die örtlichen Beamten würden aber nur einen Bruchteil der Feuer nach Moskau melden, beklagt die russische Greenpeace-Zentrale. Am schlimmsten wüten die Brände derzeit in Sibirien, wo letzte Woche an mindestens 110 Stellen Feuer gesichtet wurden – auf über 17 000 Hektar. Schwierig sei die Lage auch im Ural. In der südsibirischen Republik Tuwa verbrannten bereits acht per Fallschirm abgesetzte Feuerwehrmänner; über die Region von Krasnojarsk am Jenissej, die mehr als sechsmal so groß ist wie Deutschland, wurde der Ausnahmezustand verhängt. Zwar hat Russlands oberste Waldbehörde voriges Jahr umgerechnet 120 Millionen Euro für den Kauf neuer Löschtechnik bekommen, verbessert hat das die Lage jedoch nicht. Das größte Übel sei laut Greenpeace, dass sich zentrale Behörden wie das Katastrophenministerium ständig mit den Provinzbeamten darüber streiten, wer verantwortlich für die Bekämpfung der Waldbrände sei, und dass deswegen wenig passiere. Währenddessen „rauche das Vaterland“, und die Taiga werde „nur mit dem Spaten gelöscht“, beschwert sich die Moskauer Zeitung „Kommersant“.

VIKTOR DRACHEV / AFP

Freiwillige auf dem Weg zur Brandbekämpfung 2010

INDIEN

Aufstand der Mango-Bauern

Im Bundesstaat Maharashtra an der indischen Westküste protestieren Mango-Bauern und Fischer gegen ein geplantes Atomkraftwerk. Der Widerstand hält trotz Repressalien durch die örtliche Polizei an, 22 Aktivisten wurden vorübergehend festgenommen. Die Familien fürchten um ihr Land und um ihre Existenzgrundlage, sollte das Projekt verwirklicht werden. „Eine solche Anti-Atom-Bewegung ist gänzlich neu für Indien“, sagt Sundaram Kumar von der „Koalition für Nukleare Abrüstung und Frieden“ in Neu-Delhi. In der Nähe von Jaitapur, fast 300 Kilometer südlich der Millionenstadt Mumbai und 135 Kilometer nördlich des Naturparadieses Goa, soll das größte nukleare Kraftwerk der Welt mit sechs Reaktoren und einer Leistung von fast zehn Gigawatt entstehen. Im Dezember 2010 hatte der staatliche Betreiber eine Rahmenvereinbarung über 9,3 Milliarden Dollar mit dem französischen Konzern Areva unterzeichnet. Doch die Baustelle liegt in einem Erdbebengebiet, die Anwohner fürchten ein Atomunglück. Bislang haben nur rund zehn Prozent der Bauern die Kompensationszahlungen für ihre Ländereien akzeptiert; von rund 2400 Parzellen konnten nur etwa 170 erworben werden.